

## Personalvertretung . . .

Fortsetzung von Seite 6

ten. Die Regierung versuche nach CDU-Erachten mit ihrer Vorlage die Fortschrittlichkeit an einem völlig ungeeigneten Objekt zu beweisen, stellte der Politiker fest.

**Dieter Blumenberg** (SPD) betonte, richtig und zutreffend sei die in der Begründung des Artikelgesetzes gewählte Formulierung der Zielsetzung, nämlich die Weiterentwicklung der Arbeitnehmermitbestimmung in öffentlich-rechtlichen Unternehmen. Eine solche Weiterentwicklung sei ein Schritt in die richtige Richtung. Die SPD begrüße es, daß bei den Sparkassen die Urwahl eingeführt werden solle. „Wir würden es auch begrüßen, wenn dieselbe Regelung auch bei den Eigenbetrieben eingeführt würde und zur Anwendung käme“, sagte der Abgeordnete. Auf ablehnende Stellungnahmen des Städte- und Gemeindebundes eingehend, meinte Blumenberg, diese Argumentation erinnere ihn an die zu Beginn der fünfziger Jahre geführte Diskussion um die Mitbestimmung. Genau die gleichen Argumente seien damals von der Wirtschaft und von den Arbeitgeberverbänden vorgebracht worden. Die Erfahrungen der letzten Monate machten die Mitbestimmung bei den Eigenbetrieben notwendig.

## Das auch noch . . .

Während eines Kurzbesuchs bei den katalonischen Sozialisten in Barcelona betätigte sich der SPD-Fraktionsvorsitzende im nordrhein-westfälischen Landtag, Karl Josef Denzer, auf fremdem Terrain: Als er die holprig-mißverständliche deutsche Übersetzung seines Hotelprospektes las, bot er sich als Übersetzungshilfe an und brachte den Text in verständliche Form. Die Leitung des Hotels „Numancia“ war dankbar für den Sprachservice, ermöglicht er es ihr doch, die Vorzüge des „Numancia“ künftig deutlicher zu machen, als sie in dem Urtext zum Ausdruck kommen. Vor der Denzerschen Sprachbereinigung stellte sich das „Numancia“ seinen Gästen folgendermaßen vor: „Residenzhotel durch drei Sterne bezeichnet. Ein hundert vierzige Zimmern aus allen Betriebe gestattet, die zu einem Luxushotel geeignet sind. Treffpunkt für Menschen, die Bequemlichkeit, Wirksamkeit und Verschiebungserleichterungen brauchen.“

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, John van Nes Ziegler  
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chef vom Dienst), Jürgen Knepper, Telefon: 884303 und 884304

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“ Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Friedrich Schreiber MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Dr. Ottmar Pohl MdL (CDU), stellv. Fraktionsvorsitzender; Dr. Marianne Ulsamer (SPD), Pressereferentin; und Friedhelm Görgens (CDU), Pressesprecher

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Druck: Rheindruck Düsseldorf GmbH

## Porträt der Woche

Wenn sie zwischen Beruf und Politik wählen müßte, würde sich Marlis Robels für ihre Arbeit als Fernsehredakteurin entscheiden. Die 46jährige Nachrückerin in das NRW-Landesparlament macht keinen Hehl daraus, daß sie ihren Beruf nicht missen möchte. Die CDU-Dame aus Köln: „Meinen Beruf würde ich nie für die Politik aufgeben“, sagt sie ehrlich. Außerdem fühlt sie sich durch ihre Vollbeschäftigung politisch auch freier: „Andernfalls hätte ich Angst, von den häufigen Zufälligkeitsentscheidungen abhängig zu werden“, meint sie freimütig.

Dieses offene Bekenntnis bedeutet allerdings keineswegs, daß Marlis Robels die politische Arbeit ohne weiteres aufgeben könnte. „Für mich ist beides gleichwertig. Die Beschäftigung mit der Politik bedeutet für mich Entspannung vom Beruf und umgekehrt ist es das gleiche.“

Ihre politische Karriere registriert sie zuweilen selber mit Erstaunen. „Meine Mutter hat immer gesagt ‚Politik verdirbt den Charakter‘.“ Sie selber habe zwar, wie ihre Eltern, CDU gewählt, doch nie an eine politische Laufbahn gedacht.

Am 5. September 1937 in Geldern am Niederrhein als Tochter eines Steuerbeamten und einer Hausfrau geboren, hat Marlis Robels 1958 in ihrer Heimatstadt das Abitur gemacht und ist anschließend nach Köln zum Medizinstudium gegangen. Um den elterlichen Wechsel ein wenig aufzubessern, hat sie dann zunächst als Aushilfskraft beim Fernsehen gejobbt. Als ihr Vater starb und die Finanzierung des Studiums schwieriger wurde, das Fernsehen ihr zudem eine gute Position anbot, sattelte Marlis Robels kurzentschlossen um. Nach einem Volontariat war sie von 1967 bis 1970 Sachbearbeiterin und ist seit 1970 Fernsehredakteurin.

Zur Politik kam sie über ihren Mann, den sie bei den AStA-Arbeiten an der Kölner Uni kennengelernt hatte. Die Christdemokratin heute: „Sein politisches Engagement hat mir die Politik überhaupt erst einmal nähergebracht.“ 1967 trat sie in die Union ein, doch erst nach dem frühen Tod ihres Mannes 1971 ist Marlis Robels dann politisch selber aktiv geworden.

Es war die CDU-Frauenvereinigung, die sie zum Mitmachen drängte. „Ich bin gleich in den Vorstand der Kölner Frauenvereinigung gewählt worden. Damals wußte ich noch gar nicht so recht, wie sich das alles anließ“, gesteht die CDU-Abgeordnete. Über die Frauenvereinigung erhielt sie dann auch einen Wahlkreis im Kölner Norden für die Kommunalwahlen. 1975 war Marlis Robels dann bereits Stadtverordnete. „Die anderen haben immer von meinem kompetentem Aufstieg gesprochen. Mir war gar nicht klar, daß es keineswegs normal ist, so schnell in der Partei voranzukommen.“ Im Kölner Rat wurde die frischgebackene Stadträtin dann gleich „ins kalte Wasser geworfen“. Sie wurde zur CDU-Sprecherin im Gesundheitsausschuß gewählt. Die Arbeit in diesem Ausschuß war ihr besonders wichtig, weil sie da ein wenig ihre früheren Neigungen für Gesundheit und Psychiatrie weiterschulen konnte. Säuglingssterblichkeit, Kind im Krankenhaus und Humanität in der Psych-



Marlis Robels (CDU)

iatrie waren Themenbereiche, mit denen sie sich besonders nachhaltig beschäftigte.

1979 gelang Marlis Robels die Wiederwahl in das Kölner Stadtparlament mit Bravour. Sie zog einen Wahlkreis, der bis dahin fest in Händen der Sozialdemokraten gewesen war. Dieser Sieg wurde um so mehr beachtet, als es der CDU-Frau gelang, den in Köln damals mächtigen SPD-Fraktionschef Günter Herterich zu schlagen.

Als 1980 die Landtagswahlen anstanden und die Union ihr die Kandidatur für das Düsseldorfer Landesparlament antrug, meinte sie, den Versuch wagen zu dürfen. Realistisch, wie sie ist, rechnete sie sich keine Chance aus. Mit Platz 45 stand sie auch wirklich reichlich weit hinten auf der Kandidatenliste. Als dann überraschenderweise die Liste bis Platz 42 zog, verbesserte sich die Position der Kölnerin. Dann kamen die vorgezogenen Bundestagswahlen im März 1983 und der Landtagsabgeordnete Bernhard Wilz ging als MdB nach Bonn. Das war die Stunde von Marlis Robels. Seit dem 31. März 1983 ist sie Parlamentarierin im NRW-Landtag.

„Ich fühle mich in meiner neuen Umgebung recht wohl“, bilanziert sie nach einem knappen Jahr Landtagsarbeit. Sie konnte auch in Düsseldorf gleich auf ihrem Interessengebiet, der Gesundheitspolitik, weiterarbeiten. Außerdem ist Marlis Robels noch stellvertretendes Mitglied im Justiz- und im Sportausschuß.

Auch atmosphärisch gefällt ihr die Landtagsarbeit. „Ich arbeite zwar relativ allein; aber ich habe Kontakt zu den Kölner Abgeordneten und alle Kollegen sind sehr hilfsbereit.“ An der Landtagsarbeit reizt sie vor allem das Neue. „Während man im Rat einer Stadt doch mehr praktisch arbeitet, geht es im Landtag theoretischer zu.“ Sie ist überzeugt, hier fundierte Kenntnisse in Sachen Gesetzgebungsmaschinerie zu erwerben. „Das kommt mir dann wieder im Kölner Rat zugute“, kombiniert sie ihre Aufgaben.

Bei den anstehenden Kommunalwahlen wird Marlis Robels wieder im Kölner Norden kandidieren. Allerdings will sie das Gemeindefandat niederlegen, falls ihr 1985 der direkte Sprung in den Düsseldorfer Landtag gelingen sollte.

Gerlind Schaidt